

Absender:

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 321**

19-11885
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Errichtung von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Dächern im
Stadtbezirk**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

09.10.2019

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel
(Entscheidung)

22.10.2019

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Um die Schäden und Existenzbedrohung durch die globalen Klimaveränderungen mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten so weit wie noch möglich zu begrenzen, wird beantragt, dass die Dächer aller öffentlichen Gebäude im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel für die Prüfung zur Machbarkeit von PV-Anlageninstallationen sofort freigegeben werden und bei statischer Eignung die Installationen von der Stadt selbst oder durch Ausschreibungen an Projektierer, Betreiber und Investoren zeitnah durchgeführt werden.

Sachverhalt:

Herr Stadtbaurat Leuer hatte in seiner Stellungnahme 19-10187-01 vom 21.03.2019 ausgeführt, dass nur die für die Stadt wirtschaftlichste Durchführung von PV-Projekten in Betracht gezogen wird, jedoch in der Einwohnerfragestunde am 04.06.2019 im GH Broitzem bekanntgegeben, dass für diese wirtschaftlichste Form, nämlich die Installation und den Betrieb der Anlagen durch die Stadt selbst so wenig Personal zur Verfügung steht, dass nur die in der Stellungnahme aufgeführten drei Anlageninstallationen im Jahresdurchschnitt ermöglicht werden können.

Es ist davon auszugehen, dass es im Interesse der Stadt Braunschweig liegt, den größtmöglichen jährlichen Gewinn aus dem Betrieb von PV-Anlagen insgesamt schnellstmöglich zu erzielen.

Wenn sich aus einer sehr viel größeren Anlagenzahl durch die Summe vieler kleinerer Einnahmen pro Anlage aus Dachpacht sowie günstigem direkt vor Ort verbrauchten Mieterstrom ein größerer Gewinn für die Stadt ergibt, wäre damit nicht nur die zügige und weitergehende Verbesserung der städtischen Einnahmen verbunden, sondern gleichzeitig auch die Schaffung zusätzlicher privatwirtschaftlicher Arbeitsplätze sowie eine deutliche Erhöhung der Braunschweiger Beiträge zum Einhalten der Pariser Klimaschutzziele durch die schnellere Verdrängung fossiler Energie.

gez.

Thorsten Herla

Anlage/n:

keine